

Auswirkungen der Corona – Krise auf uns Frauen

Rückmeldung der Mitgliedsorganisationen des Frauenrates Saarland e. V.

Unsere Veranstaltung zum Thema „Auswirkungen der Corona – Krise auf uns Frauen“ am 17. August musste leider kurzfristig ausfallen. Wir haben es sehr bedauert, dass der dringend notwendige Austausch nicht stattfinden konnte. Um dem Wunsch nach Information und Austausch Rechnung tragen zu können, haben wir die Statements, Forderungen und Aktionen unserer Mitgliedsorganisationen gesammelt und stellen Sie Ihnen jetzt schriftlich auf unserer Internetseite zur Verfügung.

Fragen:

Alle Delegierte unserer Mitgliedsorganisationen wurden gebeten uns mit einigen Sätzen jeweils die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona – Krise verändert (4-5 Sätze)?
2. Welche Forderungen würden Sie aufgrund Ihrer aktuellen Situation formulieren und an wen?
3. Haben Sie bereits öffentlich Ihre Forderungen formuliert oder in Aktionen dargestellt?

Im Folgenden finden Sie die Antworten unserer Mitgliedsorganisationen, die bei uns eingegangen sind in alphabetischer Reihenfolge.

Antworten der Mitgliedsorganisationen:

Aldona e. V.

Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona - Krise verändert?

Am Anfang der Corona-Krise (März/April 2020) haben die Mitarbeiterinnen unserer beiden Beratungsstellen in zwei Teams -abwechselnd im Büro und im Homeoffice-gearbeitet.

Komplett im Homeoffice zu arbeiten kam für unsere Organisation nicht in Frage, weil wir neben unserer Beratungstätigkeit in unseren Räumlichkeiten die Klientinnen auch zu verschiedenen Terminen begleiten.

Beratungen im Homeoffice waren sehr zeitintensiv. Es konnten z. B. keine externen Sprachmittlerinnen hinzugezogen werden, viele Frauen verfügen über keinen Computer, sodass Gespräche meist nur über Whatsapp-Anrufe möglich waren. Die Verbindungen sind allerdings von schlechter Qualität und wurden oftmals unterbrochen.

Schwierig war anfangs die Teilnahme an Webinaren oder Videokonferenzen, da unsere Laptops schon veraltet sind und zum Teil nicht über neue Technik verfügen. Aktuell wurde unserer Beratungsstelle ein Bundesmittelantrag auf technische Mittel bewilligt und wir können unser technisches Equipment aufrüsten.



Beim ersten Lockdown war die Beratungsstelle für Prostituierte überwiegend damit beschäftigt, den Sexarbeiterinnen zu helfen, Möglichkeiten zu finden, ihren Lebensunterhalt zu sichern, da ihre Einnahmequelle von heute auf morgen erloschen ist. Es wurden u. a. Anträge auf ALGII gestellt und als Soforthilfe Tafelgutscheine von uns ausgegeben. Menschen, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, oder deren Antrag noch in Bearbeitung ist, haben keinen Anspruch, die Leistungen der Tafeln in Anspruch zu nehmen.

Während des zweiten Lockdowns gestaltet sich die Situation in unserer Beratungsstelle ähnlich. Durch eine zweckgebundene Spende der Soroptimistinnen (August 2020) konnte die Beratungsstelle für Prostituierte außerdem zusätzlich einen Notfonds einrichten. Somit ist es uns aktuell möglich, kleine Soforthilfen an unsere Klientinnen auszugeben. Viele Frauen, die sich während des ersten Lockdowns an uns wandten, kommen auch jetzt wieder auf unsere Beratungs- und Hilfsangebote zu. Darunter sind auch Frauen, die bereits zu Beginn des ersten Lockdowns einen ALGII Antrag gestellt haben und bis heute keine finanziellen Hilfen erhalten haben.

Da die Prostitution die meisten Monate dieses Jahres verboten war/ist, ist die etablierte Aufsuchende Arbeit der Beratungsstelle für Prostituierte seit März nur beschränkt möglich. ALDONA e.V. versucht auf unterschiedliche Weisen die Frauen, die normalerweise in der Prostitution arbeiten, zu erreichen. Es werden Infolyer verteilt, über Websites aufsuchend gearbeitet etc.

Die staatliche „November-Hilfe“ für Soloselbstständige kann erst seit dem 25.11.2020 beantragt werden – die Hürden sind höher, als bei den ersten Soforthilfen für Soloselbstständige. Wenn kein Elster- Zertifikat vorliegt, kann der Antrag nur mit einem Steuerberater gemeinsam gestellt werden

Bei der Beratungsstelle für Migrantinnen sind die Anfragen, vor allem in den Zielgruppen Gewalt im Namen der Ehre/Zwangsverheiratung und häusliche Gewalt, gestiegen. Der beschränkte Zugang zu Ämtern erschwerte die Arbeit wesentlich.

Da wir dieses Jahr kaum Vorträge anbieten konnten, sind die daraus resultierenden Einnahmen, weggeblieben. Auch die Spendenbereitschaft ist deutlich gesunken.

Mitte November konnten wir – coronabedingt deutlich verspätet- in neue Büroräume umziehen. Das 30-jährige Jubiläum konnte ALDONA e.V. aufgrund der aktuellen Pandemiebestimmungen leider nicht feiern.

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, AsF, Landesverband Saarland

Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona - Krise verändert?

Die Arbeit der ASF-Saar hat sich dahingehend geändert, dass auch wir nun deutlich mehr auf digitale Arbeitstreffen/Veranstaltungsformate angewiesen sind.

Welche Forderungen würden Sie aufgrund Ihrer aktuellen Situation formulieren und an wen?

Eine Forderung, die immer wieder deutlich wird und wiederkehrt ist die, nach einer höheren Repräsentanz von Frauen in allen wesentlichen



Entscheidungsgremien. Denn die Krise hat gezeigt, dass überall dort, wo Entscheidungen getroffen werden, die weibliche Perspektive fehlt. Diese Forderung richtet sich an die politischen Parteien, die Parlamente und Regierungen.

Selbstverständlich wurde in der Krise aber auch deutlich, dass Frauen am Arbeitsmarkt während der Krise schlechter gestellt sind. Sie arbeiten häufiger in Branchen die hart getroffen sind. Das Problem ist, dass sie von Maßnahmen wie dem Kurzarbeitergeld häufig nicht in dem Umfang profitieren wie Männer. Zum einen, weil das Kurzarbeitergeld sich am Nettolohn orientiert und Frauen häufig in der Steuerklasse V sind und zum anderen, weil sie häufig zu auf Minijob-Basis arbeiten und somit ohnehin nicht unter die Kurzarbeiterregelung fallen. Frauen profitieren auch weniger von Aufstockungen des KA-Geldes durch den Arbeitgeber.

Deshalb fordern wir die EU, den Bund, die Länder und Gemeinden auf:

- Einen Gleichstellungs-Check für alle staatlichen Ebenen und alle Maßnahmen einzuführen, der sicherstellt, dass:
 - alle Gesetze, staatlichen Einnahmen oder Ausgaben oder andere Maßnahmen darauf ausgerichtet werden, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen.
 - Maßnahmen, die keinen Fortschritt bringen, nicht beschlossen werden dürfen.
- Die zur Bekämpfung der Pandemiefolgen bereitgestellten Mittel einer Wirkungsanalyse hinsichtlich gleichstellungspolitischer Fortschritte zu unterziehen und so umzusteuern bzw. zu ergänzen, dass gleichstellungspolitischer Fortschritt ermöglicht wird.

Haben Sie bereits öffentlich Ihre Forderungen formuliert oder in Aktionen dargestellt?

Diese Forderungen gehören schon seit Jahren zu unserer politischen Agenda. Wir werden für diese Forderungen eintreten, über Veranstaltungen, im Netz und überall dort, wo wir die Möglichkeit dafür haben.

Deutscher Ärztinnenbund DÄB

Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona – Krise verändert?

Die Möglichkeit zu Versammlungen auf lokaler Ebene fehlte nicht. Kommunikation immer über Mail, auch Video über Zoom möglich.

Welche Forderungen würden Sie aufgrund Ihrer aktuellen Situation formulieren und an wen?

Der Deutsche Ärztinnenbund DÄB unterstützt die Position der Women in Global Health – Germany

https://gha.health/wp-content/uploads/2020/06/Stellungnahme-WGH-GER_COVID19_mit-Liste_final.pdf

Gesundheitswesen: Frauen in der Corona-Pandemie stärker berücksichtigen



Kein Bereich stand und steht bei der Corona-Pandemie derart im Fokus wie das Gesundheitswesen, seine Beschäftigten und die von Covid-19 Betroffenen.

Die Pandemie wirft ein Schlaglicht auf mehrere, ungelöste Probleme bei der Gleichstellung der Geschlechter – gerade im Gesundheitswesen. Der DÄB unterstützt daher die Stellungnahme zu „Frauen in der COVID-19 (SARS-CoV-2) Pandemie von Women in Global Health - Germany (WGH-GER) und die drei zentralen Forderungen in der Stellungnahme.

- Geschlechtersensible Daten und Forschung fördern: Konsequente geschlechter- und diversitätssensible Sammlung von Daten (vor allem in der Gesundheitsberichterstattung). Entscheidungen im Krisenmanagement auf Basis einer differenzierten Datenlage treffen.
- Frauen in Beratungs- und Entscheidungsgremien einbinden: Paritätische und interdisziplinäre Besetzung sowie Berücksichtigung der gesellschaftlichen Vielfalt in Expert*innenlisten, Gremien, Kommissionen, Beratungsstäben, Talk-Show Runden und auf Konferenzen.
- Frauen in Gesundheitsberufen und der Pflege stärken: Faire Entlohnung und sichere Arbeitsbedingungen für Gesundheitsfachkräfte. Gleiche Verteilung der Pflegearbeit zwischen allen Geschlechtern und deren finanzielle Anerkennung.

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V., DBSH

Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona – Krise verändert?

In den letzten sechs Monaten wurde vieles digital durchgeführt. Es fanden kaum Präsenzveranstaltungen statt.

Welche Forderungen würden Sie aufgrund Ihrer aktuellen Situation formulieren und an wen?

Ausbau der Digitalisierung auch im Ehrenamt, Finanzierung durch die öffentliche Hand (Bund, Land und Kommunen)

Haben Sie bereits öffentlich Ihre Forderungen formuliert oder in Aktionen dargestellt?

Nein, da wir noch keine Präsenzveranstaltung durchführen konnten. Zurzeit sind wir dabei, erste Erfahrungen mit hybriden Veranstaltungen zu sammeln.

Deutscher Juristinnenbund e. V., djb, Landesverband Saarland

Ehrenamtlich tätige Organisationen, die mangels Mittel über keine festen eigenen Räumlichkeiten verfügen, wurde durch die strengen Auflagen der Landesregierung die Vereinsarbeit mit wichtigen persönlichen Treffen und vertraulichem Austausch über Monate hinweg (März bis Juni) nahezu unmöglich



gemacht. Das war schlimm und sollte sich nicht wiederholen. Zumindest Vereinsvorstände sollten sich ohne vorherige Anzeige- oder gar Genehmigungspflichten jederzeit treffen können, auch in Zeiten hoher Infektionszahlen, um weiterarbeiten zu können. Dies ist nicht mehr, als Art. 9 GG den Bürgerinnen und Bürgern garantiert."

Frauennotruf Saarland e.V.

Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona – Krise verändert?

Bei Beginn der Corona-Krise bzw. bei dem Lockdown gingen, wie zu erwarten, die Anfragen nach Beratung kurzzeitig zurück. Die Betroffenen waren und sind teilweise immer noch mit der Bewältigung der Situation beschäftigt und die Möglichkeiten, sich in Ruhe Unterstützung bei einer Beratungsstelle zu nehmen fehlte für die Frauen.

Wir hatten uns im Frauennotruf entschlossen, anfangs keine persönlichen Beratungskontakte anzubieten. Nur im Ausnahmefall, z.B. Begleitung zur Polizei oder zu Gericht, haben wir dies möglich gemacht. Allerdings konnten wir, insbesondere bei den schon länger bestehenden Beratungskontakten, das Angebot in Form von Telefonaten aufrechterhalten. Dies wurde auch gut angenommen.

Ab Mitte Mai haben wir, mit einem entsprechenden Hygienekonzept, wieder persönliche Gespräche, angepasst an die räumlichen Bedingungen, angeboten. Außer in den allerersten Wochen hat sich die Anzahl der Beratungsanfragen relativ schnell wieder auf das vorherige Niveau eingependelt, und nach jetzigem Stand, trotz dem kurzzeitigen Einbruch, sind wir auf dem gleichen Stand wie im vorherigen Jahr im September. Das heißt, es ist zu erwarten, dass die Zahlen insgesamt steigen.

Allerdings können persönliche Beratungsangebote nicht so eng getaktet wie zuvor angeboten werden, weil uns nicht die entsprechenden Räume zur Verfügung stehen. Auch für Besprechungen im Team müssen wir innerhalb des Kultur- und Werkhofes in andere Gebäudeteile umziehen. An dieser Stelle wurde die räumliche Begrenztheit, die im sonstigen Alltag keine Rolle spielt, ein Problem.

In der Krisenhochzeit haben wir speziell versucht, teilweise in Zusammenarbeit mit anderen, auf unser Angebot noch präsenter hinzuweisen (s. Liste „Häusliche Gewalt-Hilfe auf einen Blick, verstärkte Pressearbeit, auf Internetseite und facebook Hinweise und kleine Anleitungen zur Stabilisierung oder Stressreduktion u-ä. jeweils aktuell zu halten).

Veranstaltungen und Arbeitssitzungen fallen teilweise bis dato aus, weil entsprechende Räume fehlen.

Welche Forderungen würden Sie aufgrund Ihrer aktuellen Situation formulieren und an wen?

- Erweiterte Erreichbarkeit/Erhöhung der Kapazitäten und erleichterten Zugang zu niedrigschwelligen Hilfsangeboten und Fachberatungsstellen für betroffene Frauen, Kinder, sowie Personengruppen wie obdachlose u.W. zu gewährleisten (Telefonische und persönliche Beratungsangebote).



- Evaluierung neuer benötigter Angebote und Förderung des Ausbaus von digitalen Hilfsangeboten.
- Die dazu benötigte (technische) Ausstattung muss entsprechend finanziert sein durch die öffentliche Hand
- Erhöhung der persönlichen und telefonischen Erreichbarkeit von Schutzeinrichtungen, Jugend- und Sozialämtern äquivalent zur Verschärfung und Erhöhung des Bedarfes an Hilfen. Anpassung der personellen Kapazitäten.
- Alle verfügbaren medialen Kanäle sind auszuschöpfen, um den Zugang zu Informationen/Hilfen für Betroffene Frauen so transparent wie möglich zu machen. Informationen hierzu müssen leicht zugänglich sein. Betroffene Frauen müssen Zugang über etwaige Kanäle erhalten können (z. B. Digitale/Print Medien, Internet, Flyer an Orten wo betroffene Frauen während eines Lockdowns Zugang haben, evt. Arztpraxen, oder Geschäfte und Gastronomie, Gerichte, Ämter usw.).
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit von allen relevanten Anlaufstellen für Gewaltopfer. Wo bewegen sich betroffene während eines Lockdowns in der Öffentlichkeit? Welche Orte und medialen Kanäle sollten genutzt werden, um betroffene Frauen und weitere Personengruppen zu erreichen?
- Verfügbarkeit von Therapieplätzen und Angeboten (Trauma Ambulanz hatte keine neuen Patienten während der Corona Maßnahmen angenommen).
- Betroffene Frauen und Kinder leiden unter der Schließung von Schulen, Kindergärten, öffentlichen Orten wie Spielplätzen und dergleichen. Die Schließung von Kultureinrichtungen befördert Isolation, Einsamkeit und eine erhöhte Gefahr von Gewalt in prekären Familienverhältnissen. Ein Herunterfahren des sozialen und öffentlichen Lebens ist unserer Ansicht daher möglichst zu vermeiden.

Gelder für Frauen und Kinder z.B. in Form eines unbürokratischen ‚Corona-Elterngeldes‘ könnten eine Möglichkeit der Existenzsicherung und Entlastung sein. Frauen die ihre Arbeit auf Grund der Corona Maßnahmen/Folgen verlieren benötigen unmittelbare Existenzsicherung. Wenn Frauen durch Schließung von Schulen und Kitas keine Betreuungsmöglichkeit für Ihre Kinder haben, um ihrer Arbeit nachzugehen, braucht es Unterstützung in Form von Notfallbetreuung oder unbürokratische Sofort-Hilfen, um den Frauen den Verdienstaufschlag unmittelbar zur Verfügung zu stellen.

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands, kfd, Diözesanverband Trier

Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona – Krise verändert?

Grundsätzlich müssen wir das Frühjahr Sommer und die jetzige Situation differenziert betrachten. Die Mitglieder der kfd gehören i.d.R. aufgrund der Altersstruktur zur "Risikogruppe".

Anfänglich wurden alle Treffen, Veranstaltungen und Kursangebote abgesagt.



Im Sommer mit dem Start der "Outdoor Saison" konnten unsere Mitglieder und Vorstände viele kreative Ideen und Angebote im Freien gestalten und die Gemeinschaft pflegen, Kontakte halten.

Von der Geschäftsstelle wurde über Post, E-Mail und regelmäßige Publikation der Kontakt zu den Mitgliedern gehalten. Zusätzlich wurden Videokonferenzen eingeführt und für die Ehrenamtlichen digitale Trainings angeboten - der Zuspruch könnte höher sein. Im Sommer/Frühherbst konnten noch Aktionen durchgeführt.

In der aktuellen Situation ist wieder eine große Unsicherheit bei den örtlichen Verantwortlichen festzustellen. Die Informationen was darf noch unter welchen Bedingungen (Thema Hygieneschutzkonzept und Verantwortung der Veranstalterin) durchgeführt werden, führt teilweise zu Resignation.

Welche Forderungen würden Sie aufgrund Ihrer aktuellen Situation formulieren und an wen?

Wünschenswert wären, klare und einheitliche Regelungen, Unterstützung der Ehrenamtlichen auf örtlicher Ebene, wenn es auch zukünftig ein starkes ehrenamtliches Engagement geben soll. Die Sorge ist, dass sich viele Zurückziehen und nicht mehr aktiv werden.

Haben Sie bereits öffentlich Ihre Forderungen formuliert oder in Aktionen dargestellt?

Im Juni haben wir eine Pressemitteilung aufgrund der Situation von Arbeitnehmerinnen formuliert, die finanzielle Aufwertung und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, im Gesundheitswesen, der Erziehung und Einzelhandel sowie die Abschaffung der Sonderregelungen für Minijobs, fordert.

LAG Kommunale Frauenbeauftragte

Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona – Krise verändert?

Die Arbeit der LAG Kommunale Frauenbeauftragte hat sich während der strengen Kontaktbeschränkung stark verändert.

Die Sitzungen (normal alle 6 Wochen) konnten nicht stattfinden. Ebenso musste die Klausurtagung (2 Tage im Mai) abgesagt werden und die Arbeitsgruppen konnten sich nicht treffen. Das führte zum Erliegen der für 2020 geplanten thematischen Arbeit.

Zusätzlich veränderte sich der Arbeitsalltag und die Themen der einzelnen Kolleginnen in den Kommunen.

Welche Forderungen würden Sie aufgrund Ihrer aktuellen Situation formulieren und an wen?

Die LAG Kommunale Frauenbeauftragte hat von einer Formulierung von eigenen Forderungen abgesehen, da dies bereits von der BAG im umfangreichen Aufruf [„Wann wenn nicht jetzt“](#) mitunterzeichnet wurde.



LAK Lobby für Mädchen und junge Frauen im Saarland und der Mädchenfachstelle

Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona – Krise verändert?

Die Mädchen im Saarland, die wir in unseren Einrichtungen der Jugendhilfe und offenen Jugendarbeit betreuen, sind von den Auswirkungen des Lockdowns und des weiteren Verlaufs der Pandemie besonders betroffen. Während des Lockdowns haben viele Mädchen ihre Familien im Alltag, sei es durch die Betreuung jüngerer Geschwister, aber auch durch das Übernehmen von Arbeiten im Haushalt unterstützt. Dies bedeutet, dass sie einer Doppelbelastung ausgesetzt waren, sie mussten sich nicht nur mit der neuen Situation des Homeschoolings auseinandersetzen, sie hatten zudem auch noch die Betreuung der Geschwister und des Haushaltes zu erledigen. Das bedeutet, die Schule stand für viele erstmal hinten an. Zumal es in Einkommensschwachen Familien häufig für mehrere Kinder nur eine technische Grundausstattung gab, die sich die Kinder teilen mussten, auch hier standen die Mädchen aufgrund der zusätzlichen Arbeiten, die es zu erledigen gab, hinten an.

Mit den schrittweisen Lockerungen war und ist zu bemerken, dass die Mädchen schwer wieder in vor allem geschlechtergemischten Einrichtungen ankommen, sie sind häufig in den familiären Strukturen weiter gebunden und kommen in unseren Einrichtungen erst mal nur sehr schwer wieder an. Wir bemerken außerdem, dass sie in den wenigen geschlechtergetrennten Einrichtungen offensichtlich leichter ankommen, weil sich die Fachkräfte dort auf ihre besondere Situation einstellen können.

Auch war es in der Zeit des Lockdowns für die Mädchen schwerer sich zu bewerben, da die entsprechenden Unterstützungsmöglichkeiten für die Mädchen schließen mussten, so dass in diesem Jahr viele Mädchen ohne eine Lehrstelle in eine Berufsschulschleife einsteigen müssen. Bis heute können wir leider nur diese Folgen beobachten. Da die Mädchen noch nicht in den Einrichtungen wieder angekommen sind, können wir noch nichts zu ihren Erfahrungen, Erlebnissen und konkreten Schwierigkeiten in diesen Zeiten sagen.

Welche Forderungen würden Sie aufgrund Ihrer aktuellen Situation formulieren und an wen?

In einem ersten Schritt wäre es wichtig, die Mädchen wieder zu aktivieren, so dass sie in den Einrichtungen überhaupt nochmal begleitet und gefördert werden können. Tatsächlich scheint es so zu sein, als habe die Pandemie und der damit einhergehenden Lockdown den Mädchen wieder Möglichkeiten und Chancen geraubt, sich an der Gesellschaft zu beteiligen, ihre eigenen Bedürfnisse zu entwickeln und zu entfalten und ihren eigenen Weg zu gehen.

SaarLandFrauen e. V.

Der Deutsche Landfrauenverband e. V. unterstützt die Forderung nach besserer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen von Frauen in systemrelevanten Berufen.



<https://www.landfrauen.info/aktuelles/pressemeldungen/detail/applaus-alleine-reicht-nicht-systemrelevante-berufe-endlich-langfristig-aufwerten> und Aufruf **Wann, wenn nicht jetzt!**

Die SaarLandFrauen haben, wie viele andere Frauenorganisationen, Deutschland mit Gesichtsmasken ausgestattet!

Hier im Saarland haben die SaarLandFrauen mit dem Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zusammengearbeitet: DAS Ministerium hat Stoffe für Gesichtsmasken bereitgestellt und die Landfrauen haben genäht. - Praktische Fähigkeiten waren wieder gefragt!

Soroptimist International, Club Saarbrücken

Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona – Krise verändert?

Nach dem 12.3.2020 konnten wir unsere monatlichen Meetings nur noch als Video- Meetings durchführen, was zu verminderter Teilnahme führte.

Für unsere Meetings im Juli und September mussten wir neue Räumlichkeiten anmieten um den Sicherheitsabstand zu wahren.

Viele Clubschwestern gehören zur Risikogruppe und leiden unter den reduzierten Kontakten.

Die Arbeit unseres Clubs ist nicht wirklich eingeschränkt. Im Gegenteil hatten wir die Möglichkeit, coronabedingte finanzielle Engpässe bei verschiedenen Organisationen zu mildern.:

Spende an die Telefonseelsorge (Zunahme von Gewalt an Frauen)

Spende an die Evangelische Kirchengemeinde St. Johann für Care-Pakete als die Tafel geschlossen wurde

Spende an ALDONA zur Sofort- Lebenshilfe für Prostituierte.

Welche Forderungen würden Sie aufgrund Ihrer aktuellen Situation formulieren und an wen?

Wir sehen keine Notwendigkeit Forderungen speziell für unsere Organisation zu formulieren, aber Soroptimist International hat es sich ja weltweit zur Aufgabe gemacht, die Stellung und die Rechte von Frauen und Mädchen zu verbessern. Corona hat uns nun deutlich gemacht, wie brüchig die vermeintliche Gleichberechtigung von uns Frauen auch hier in Deutschland ist und dass wir weiter wachsam und kämpferisch bleiben müssen

Sozialdienst katholischer Frauen e. V., SkF, Ortsverein Saarbrücken

Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona – Krise verändert?

Im Elisabeth-Zillken-Haus – in Trägerschaft des Sozialdienst katholischer Frauen – sind wir auch weiterhin für die Frauen die wir stationär als auch ambulant betreuen da. Die 24-Stunden-Betreuung konnte bislang fortgesetzt werden.

Veränderungen mussten hinsichtlich der Dienstplanung getroffen werden. Schichten die „doppelt“ besetzt waren wurde ausgesetzt, die Übergabezeiten der Mitarbeiterinnen wurden auf ein Minimum zurückgefahren, um die Kontakte möglichst gering zu halten. Die minimierte Personalisierung hatte Einfluss auf die Betreuungs-, Unterstützungs- und Begleitmöglichkeiten der Frauen.

Besuche konnten während der Hochzeiten des Infektionsgeschehens nicht stattfinden. Innerhalb der Einrichtung waren/sind diese aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen untersagt. Die soziale Isolation, welche ohnehin für die psychosoziale Problemlage der Klientinnen charakteristisch ist, wurde somit verstärkt.

Schwierigkeiten bereitet in der Praxis außerdem die hohe Fluktuation der Klientinnen im Bereich der Jugendhilfe sowie der stationären Wohnungslosenhilfe. Eine mögliche Infektion mit Covid 19 wird dadurch wahrscheinlicher, was u.a. zu einer erhöhten psychosozialen Belastung der Mitarbeiterinnen führt.

Welche Forderungen würden Sie aufgrund Ihrer aktuellen Situation formulieren und an wen?

- Bereitstellung von ausreichend Schutzmaterial für alle Mitarbeiterinnen (Hände- und Flächendesinfektion, Handschuhe, Mund-Nasen-Schutz, FFP 2-Masken etc.), um die Hygienemaßnahmen entsprechend der Vorgaben umsetzen zu können
- Unsere Arbeit in den unterschiedlichen Hilfesystemen für die Frauen, deren Kinder und für die Mädchen ist systemrelevant!
- Corona-Test für alle systemrelevanten Berufe. Auch die Mitarbeiterinnen der stationären Wohnungslosenhilfe sollten zu dieser Personengruppe dazugezählt werden und somit Zugang zu kostenlosen Testungen erhalten
- Bewilligung der Hilfe nach § 67 SGB XII mindestens bis Ende des Jahres 2020, je nach Infektionsgeschehen auch darüber hinaus. Der Lockdown, die reduzierte Personalisierung (intern als auch extern) sowie die Hygienemaßnahmen und Einschränkungen erschweren die Bewältigung des psychosozialen Hilfebedarfs der Klientinnen im regulären Zeitrahmen. Zeitweise war ein perspektivisches Arbeiten aufgrund der Einschränkungen annähernd unmöglich.
Die Klientinnen als auch die hilfeleistende Einrichtung sollten nicht in eine rechtfertigende Position gebracht werden, die Stagnation in Hilfeplänen sowie die damit einhergehende und notwendige Beantragung der Verlängerung von Hilfen zu rechtfertigen



Die Forderungen können und sollten von den Politiker*innen auf Landes- und Bundesebene umgesetzt werden. Insbesondere der Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken, die Sozialämter der Kreise als auch das Landesamt für Soziales sowie das Ministerium für Soziales sind gefragt.

Haben Sie bereits öffentlich Ihre Forderungen formuliert oder in Aktionen dargestellt?

Bislang wurden keine öffentlichen Forderungen unsererseits formuliert oder in Aktionen dargestellt.

Zonta Club Saarlouis e.V.

Wie hat sich die Arbeit Ihrer Organisation durch die bestehende Corona – Krise verändert?

Wir haben uns seltener gesehen, keine Präsenzmeetings, Wahlen in Video-Konferenzen (webex), Online Wahlen, Vorstandssitzung per Telefonkonferenz, Kulturpreisverleihung ausgefallen, neue Erfahrung durch Ehrung der Preisträgerinnen auf unserer Homepage, Absage sämtlicher Projekte, deshalb Einnahmeverluste in für uns bedeutender Höhe.

Welche Forderungen würden Sie aufgrund Ihrer aktuellen Situation formulieren und an wen?

Keine.

Haben Sie bereits öffentlich Ihre Forderungen formuliert oder in Aktionen dargestellt?

Nein